



### Ö sterreich.

wird, so werden Rechte erworben und vererbt. Der Liberalismus, obgleich selbst strebend, Rechte zu erwerben, greife ebenso die erworbenen Rechte an, wie der Kommunismus das Vermögen. Möge man sich dieses Verhältniss von liberaler Seite recht klar machen. Wo das Recht des Bestehenden nicht geachtet werde, finde auch das werdende keine Stätte. Der Artikel widerstreite nicht nur dem Königthum, er widerstreite jedem politischen Recht, der Beerbung, dem Vermögen, überhaupt sei er nur ein matter Abklatsch der Konstante. Als die National-Verfassung ihn aufnahm, zog sie ganz andere Folgerungen und zwar mit Recht daraus, sie folgerte Aufhebung des Adels, des Bürger- und des Bauernstandes daraus. Wer diese wolle, der möge mit der Beibehaltung des Artikels sich einverstanden erklären. Was den Sä: Standesvorrechte finden nicht statt, betrifft, so können keine Stände ohne Vorrechte gedacht werden. Preußen besitzt jetzt keine Stände, und wo sie, wie auf dem Provinzial- und Kreisstange noch existieren, da hätten sie auch Vorrechte. In der neuesten Seite sei das Ständebild durch Erziehung des Herren-Hauses wieder belebt. Vorrechte finden nicht nur dort, sie finden in diesem Hause, beim Militär, und den Beamten statt. Das Verderbliche der Sä: liege darin, daß sie mit thatfächlichen Verhältnissen im Widerspruch ständen und dieselben stets in Frage stellen; daß kein Bedürfnis zu ihrer Befestigung vorhanden sei, müsse er dann entschieden im Abrede stellen. Das Hauptbedürfnis sei Wahrheit. Wie könne man Gesetzgebung, Verwaltung und Erziehung dem Liberalismus aus den Händen winden, wenn man die Aktionen defensiver in der Verfassung lasse? Wohin habe die Gleichheit in Frankreich geführt? Zu einem bisher ungekannten Despotismus, zu politischer Nullität. Uebrigens komme es ihm nicht darauf an, den Antrag heut angenommen zu sehen, obwohl er es im Interesse des Landes wünschen müsse.

Abg. Wenzel: Als der Abg. v. Gerlach, der so oft erklärt, Art. 167 sei der Kern der Verfassung, zum Vorstehenden der Verfassungskommission wiederholt ernannt wurde, da konnte man das Schick der Verfassung voraussehen. Indes seien denn doch die Absichten des genannten Herrn ihrer Verwirklichung noch nicht so nahe. Das Gefühl, daß er heute eine Niederlage erleben würde, habe wohl seinem Bericht jene leicht ironische Färbung verliehen! Es gebe gewiss Sä: die zu tief in die Menschenkrust eingeschrieben seien, als daß Söhnlichkeit sie wegdässigkönne. Erst das Zusammenfassen der beiden Sä: gebe den richtigen Sinn derselben. Eine künstliche Interpretation sei gar nicht nötig. Die Sä: besagen: es sei Grundsatz unserer Gesetzgebung, daß die Gesetze ohne Ansicht der Person angewendet werden sollen, ohne Rücksicht auf Staat oder Vermögen. Damit stehe die Frage von der allgemeinen Gleichheit der Menschen gar nicht zusammen. Es stehe nicht in der Verfassung, daß alle Preußen gleich — sondern daß sie vor dem Gesetz gleich seien. Man verlange aber die Streichung wegen ihres revolutionären Ursprungs. Darauf stehe es dem Ministerpräsidenten zu, sich zu erklären. Der Sä: müsse aufrecht erhalten werden, weil er der Revolution vorbeuge, die in Frankreich bekanntlich durch die Rechtsungleichheit heraufbeschworen wurde. Der Sä: als allgemeiner Grundsatz sei Schranke für die Spezialgesetzgebung, aus diesem Grunde wolle man eben seine Aufhebung. Aber er und seine Freunde wollten keine Verschiedenheit der Strafen zwischen Adligen und Bürgern, oder einer höhere Berechtigung der Adligen zu Lemtern. Warum polemisiere man nicht in derselben Weise, wie gegen Art. 4, so gegen den Verfassungssatz: das Eigentum ist unvergleichlich? Thatfächlich werde es doch häufig beschränkt und verletzt. Aber man halte den Sä: für schädlich, weil er sich dem Fortschreiten auf dem Wege des ständischen Gliederung widersetze. Aus diesem Grunde habe man Art. 42 aufgehoben. Man berufe sich auf das Bestehen der Provinzialstände. Aber die linke Seite habe dasselbe immer für verfassungswidrig erklärt. Der Bericht sage nun, weil die Verfassung mit der durch den Minister des Innern bewilligten Einführung der Provinzialstände im Widerspruch stehe, so müsse sie geändert werden. Die Verfassungsurkunde sei unvereinbar mit einem ständischen Staate; ehe ein solcher wieder eingeführt werden könnte, müsse sie zerbrochen und umgestürzt werden. Ein ständisch geplante Staat führe zur Herrschaft der kleinen Herren und diese wolle das Land nicht. Er erinnere an den Schrei der Entrückung, der bei den Auseinandersetzungen des Grafen Pfeil das Land durchhalte. Er und seine Freunde dem Grafen für die damaligen Auseinandersetzungen unendlich dankbar, daß sie allen die Augen geöffnet.

Minister des Innern: Die Regierung verkenne nicht, daß die Fassung des Art. 4 in ihrer abstrakten Gestalt einer vieldeutigen Auslegung fähig sei. Diese bewege sich zwischen zwei Extremen, einer sozialistisch-gleichmachenden und einer bloßen Anerkennung des gleichen Rechtsfusses, wie er in Preußen bisher immer bestanden. Dem Bedeutung sei offenbar ein Nebstand, namentlich bei einem Grundgesetz. Die Regierung wünscht daher eine deutlichere Redaktion des Art. 4, erkennt aber ein dringendes Bedürfnis zur Streichung oder Veränderung nicht an; die Regierung habe stets die Anwendung des Gesetzes ohne Rücksicht des Standes als Grundsatz angenommen, habe aber nicht anerkannt, daß die Bekleidungen des Landrechts über Rechtsbesonderheiten einzelner Klassen durch die Verfassung aufgehoben seien. Solche Besonderheiten seien z. B. Vorrechte des Militärs, der Richter, der Landtags-Mitglieder selbst. In dieser Beziehung seien besondere Konflikte nicht entstanden. Ein Konflikt über die Rechte der Reichsumittelbaren sei durch allerhöchsten Erlass erledigt. Die Landesvertretung sei bisher mit den Auslegungen d. Regierung, z. B. in Betreff der Fideikommissie, der Bildung des Herrenhauses einverstanden gewesen. Die Regierung werde eine Zusatzbestimmung zu Art. 4 in verfassungsmäßigem Wege einbringen, welche der falschen Deutung der angegriffenen Sache entgegentreten sollte. Er trage daher auf Tagesordnung an. Abg. v. Gerlach: Seine Freunde und er hätten nicht gehofft, daß der Antrag die Majorität erhalten werde, sie hätten aber oft die Erfahrung gemacht, daß den Niederlagen endlich der Sieg folgt sei. Über die Ausführungen des Grafen Pfeil habe er sich bereits erklärt. Dieselben seien, wie es schien, vom Abg. Wenzel heut nicht mit Indignation, sondern mit innigem Vergnügen citirt. Der Redner geht in eine Widerlegung der Ausführungen des Abg. Wenzel näher ein. Er habe sich gegen gewisse Rechtsungleichheiten erklärt, andere nach seinem persönlichen Belieben gar nicht erwähnt. Habt der Sä: der Gleichheit in Frankreich die Revolutionen verhindert? Wohin anders, als zum Despotismus habe er schließlich geführt? Abg. Wenzel habe die Notwendigkeit der Veränderung des Art. 4 übrigens dadurch am besten bewiesen, daß er unsere gesammte ständische Verfassung für rechtswidrig erklärt, weil sie diesen Artikel widerspreche. Der Abg. Hense habe deutlich bewiesen, daß der Art. 4 nur durch eine künstliche Auslegung aufrecht erhalten werden könne, eine solche möge Juristen genügen, aber nicht der größeren Mehrheit. Diese Folge der einfachen natürlichen Auslegungen finden sich in ihrem Gewissen durch die künstliche verlegt. Nach der Erklärung des Ministers des Innern werde vielleicht der Antragsteller seinen Antrag fallen lassen. Es wird der Antrag auf Schluss gestellt. Bei der Abstimmung erklärt der Präsident, daß die Majorität sich für den Schluss erhoben; Graf Schwerin constatirt, daß er und seine Freunde zwar nicht damit einverstanden seien, dem Präsidium jedoch das Recht der Entscheidung zustehe. Abg. Wagner: Für seinen und seiner Freunde Namen ziehe er den Antrag zurück. Abg. Mathis: Da der Antrag, ehe er noch auf dem Richterplatz der Bernunft abgehandelt sei, zurückgezogen worden, so nehme er ihn wieder auf. v. Keller: Zwar stehe dem Abgeordneten dies zu, aber er halte es mit moralischen Rücksichten und dem Interesse des Hauses nicht für vereinbar, wenn ein Gegner des Antrages ihn wieder aufzuheben. Abg. Mathis beruft sich auf einen Präcedenzfall bei Art. 42. Abg. Wagner: Da von der linken Seite sein Antrag aufgenommen sei, so sei die natürliche Consequenz, daß seine Freunde und er dagegen stimmen. Es wird der Antrag auf Tagesordnung eingebracht. Abg. Steichenberger (Geldern) in längerer Rede, worin er gegen den Antrag polemisir, spricht gegen die Tagesordnung. Das Haus geht einstimmig zur Tagesordnung über den Antrag, selbst der Antragsteller erhebt sich dafür. (Seiterkeit.) Graf Pfeil erucht den Abg. Wenzel mit seinen Angriffen so lange einzuhalten, bis seine Rechtfertigung erschienen. Abg. Wenzel: Er habe den Grafen nicht angreifen, sondern einfach eine Geschichte erzählen wollen.

Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr. Tagesordnung: Art. 12 der Verfassung.

Elberfeld, 4. März. [Ein Friedensprophet und ein um sein Del Betrogen.] Wir haben nicht ganz richtig gestern gemeldet, daß die erste Nachricht über den Frieden uns in einer brüsseler Depesche zugegangen. Am Sonnabend Nachmittag trat in unsrer Expedition ein junger uns unbekannter Mann, der ohne weitere Einleitung mit dreier Stimme anhob: „Ich habe eine frohe Botschaft zu verkündigen. Der Friede ist allen Völkern gegeben. Morgen, am Sonntag, wird man es sehen und hören.“ Mit Mühe ward der komische Heilige aus der Expedition entfernt. — Ein hiesiger Kaufmann ließ aus Anlaß der eingetroffenen Friedensnachrichten gestern Abend sein Haus mit Illuminations-Lämpchen und einem Transparente, das die Inschrift trug: „Gott erhalte unsern König!“ erleuchten. (Elb. Ztg.)

der Friedenshoffnungen beitragen, indem sie jede Abweichung vom vorgelegten Programm zurücknimmt. Russland will den Frieden redlich, und die Gewißheit der fortduernden Einigkeit Englands und Frankreichs, die seine Diplomaten hier schöpft, kann Alexander II. auf dem betretenen Wege der Zugeständnisse nur verstärken. Dass die Konferenzen unter einer kräftigeren Leitung mehr Arbeit hinter sich haben könnten, als dies der Fall ist, wurde schon einmal angedeutet. Graf Walowski sieht es zu sehr, die Schwierigkeiten zu vertagen oder zu umgehen. Es ist aber auch anzuerkennen, daß die Russen in Beziehung auf gewisse Bestimmungen des fünften Punktes neue Strukturen ihrer Regierung verlangt haben. Die Frage der Donaufürstensthümer aber wurde auf Verlangen von Ali Pascha bis zur Ankunft einer von diesem Bevollmächtigten in Aussicht gestellten Denkschrift des Divans über diese Angelegenheit veragt. Ich glaube Sie daher auf folgende Möglichkeit aufmerksam machen zu müssen: wenn Russland und die Westmächte sich einmal über die Fragen ganz verständigt haben, welche vorzüglich und zunächst ein Zugeständniß von jenem voraussezten, dann dürfte man vielleicht zur vorläufigen Unterzeichnung der Friedenspräliminarien schreiten, indem man gewisse, im fünften Artikel enthaltene Fragen als offene betrachtet und deren Entscheidung den weiteren Arbeiten der Konferenzen überläßt, die dann den Charakter eines wirklichen Kongresses annehmen würden. Bekanntlich haben sie diesen Charakter vorläufig blos par la grace du Moniteur. Was ich Ihnen über die Grenzberichtigung zwischen der Moldau und Bessarabien gesagt habe, bestätigt sich vollkommen, und ich darf heute hinzufügen, daß die von Österreich vorgeschlagene neue Grenze entschieden verworfen ist, ohne daß man sich jedoch über eine andere vereinigt hätte. Die Sache wird aber weiter keine Schwierigkeiten bieten, und höchstens geographische, aber in jedem Falle geringere als die vom wiener Kabinett beantragte Grenze. Die Generale Canrobert und Bosquet leisteten heute den Eid als Senatorn, und als man den Namen des Marschall Pelissier unter den neuernannten Senatorn verlas, wurde geantwortet: abwesend im Dienste des Kaisers. Die Herren d'Attalos und Marquis v. Belmont haben den Eid als Deputierte geleistet. Lord Clarendon soll in London sich befinden und erst morgen früh wieder hier eintreffen. Das Gericht, Alexander II. werde auf Besuch nach Berlin kommen, findet jeden Tag mehr Subsistenz hier.

### Großbritannien.

London, 3. März. [Die Eröffnung.] Heute Nachmittag um 1 Uhr eröffnete der Kaiser die Session von 1856. Von halb 1 Uhr an waren die Mitglieder des Senats und des gesetzgebenden Körpers in dem Marshallsaal, wo die Ceremonie stattfand, versammelt. Der Staatsrat, das diplomatische Korps und die übrigen zur Feierlichkeit geladenen Personen, worunter viele reich gekleidete Damen, fanden sich um die nämliche Zeit ein. Dem Throne gegenüber hatten der Senat und der gesetzgebende Körper Platz genommen. Auf der Linken war der Staatsrat, rechts das diplomatische Korps. Schlag 1 Uhr kündigte der Großkammerherr, Herzog v. Bassano, mit den Worten: „Der Kaiser!“ die Ankunft L. Napoleons an. Dem Kaiser folgten die Prinzen Jerome und Napoleon, die Mitglieder der kaiserlichen Familie, die Minister und das ganze militärische Haus. Der Kaiser nahm auf dem Thron Platz. Der Sitz der Kaiserin, die verhindert war, der Ceremonie beizuhören, blieb leer. Der Prinz Jerome nahm zur Rechten, der Prinz Napoleon zur Linken des Kaisers Platz, worauf der Großkammerherr mit lauter Stimme rief: „Nehmen Sie Platz, meine Herren!“ Der Kaiser wurde bei seiner Ankunft mit stürmischen Zurufen begrüßt. Se. Majestät hielt darauf mit festster Stimme die bereits auf telegraphischem Wege bekannt gewordene Rede, nach welcher der Staatsminister Fould die Session von 1856 für eröffnet erklärte. Die Rede des Kaisers selbst wurde mit stürmischen „Vive l'Empereur!“ begrüßt. Die neuen Mitglieder des Senats und des gesetzgebenden Körpers leisteten hierauf den Eid. Um halb 2 Uhr war die Ceremonie zu Ende, und der Kaiser begab sich unter dem nämlichen Ceremoniel, wie er gekommen, in seine Gemächer zurück. Beim Beginn und beim Schlusse der Ceremonie feuerten die Kanonen der Invaliden jedesmal 100 Kanonenabfuß ab. Die kaiserliche Rede wurde heute Morgen um 9 Uhr nach der kaiserlichen Staatsdruckerei gesandt. Um 11 Uhr erhielt der Kaiser den Probekugeln und nahm dann noch mehrere Veränderungen an der Rede vor. Um 2 Uhr wurden die ersten Exemplare an die offizielle Welt vertheilt. Gleich nach der Abhaltung war sie an allen Straßenecken angegeschlagen, wo sie mit lebhaftem Interesse von den nicht unherstehenden Volksgruppen gelesen wurde.

Alle freiwilligen Anwerbungen für die Flotte, sowohl für das Matrosen-Korps als für die Marine-Infanterie, sind bis auf Weiteres ausgesetzt. — Die jüngst gegebene Ordre zur Einschiffung von 10,000 Mann nach der Krim betrifft die Division Euzy-Pelissac, die noch vor Ende dieses Monats vollständig von Marsella aus eingeschiffen werden soll. Die Krim-Regimenter, welche nach Frankreich zurückkehren sollen, haben Befehl erhalten, vor der Hand noch zu bleiben. Die Enthaltung der Kaiserin wird bis spätestens zum 14. März erwartet. Die Witwe des Admirals Bruat soll zur hohen Stellung einer Gouvernante der „Eulsans de France“ — Mme. v. Brancion, Witwe eines vor Sebastopol gefallenen Obersten, zur Unter-Gouvernante bestimmt sein.

Paris, 3. März. [Louis Napoleon's Rede. — Schauspielerische Szenen an der Börse.] Wenn das Publikum sich nicht von den Klauschereien der Thürhorcher und von den Triportagen der großen Spekulanten bethören ließe, so würde es in der Rede des Kaisers nichts Unruhiges finden. An der Börse ging es toller; da die „Independance belge“ mit der telegraphischen Botschaft aus Paris, die Präliminarien seien unterzeichnet, gekommen war, so waren die Course gestiegen; kaum hatte man die Rede angegeschlagen, so gab es einen wahren Aufstand, die Course fielen um einen Franken. Die vornehme Spekulation, deren Instrument jetzt das brüsseler Blatt zu sein scheint, hatte ihren Zweck erreicht. Im Vergleich mit der englischen Thronrede ist die Rede Louis Napoleons sehr friedlich, im Vergleich mit dem, was der Unterhause erwartet hatte, ist sie nichts weniger als beruhigend, aber an und für sich betrachtet, vermindert sie die Hoffnungen, die man sich von den Arbeitern der Konferenzen macht, nicht im Geringsten. Es ist ganz natürlich, daß Louis Napoleon, nachdem die Diplomaten erst dreimal zusammengekommen waren, nichts Drastischeres über die Friedensunterhandlungen zu sagen hatte. — Niemals haben wir eine so große Menschenmasse in und vor der Börse gesehen; Hut an Hut, Haube an Haube, bis weit in die Straße hinein; die Zahl der widerlichen Weiber, welche „spekulieren“, war Legion, und als die Huissiers die Rede anschlugen, da erscholl das tausendstimmige Gebrüll und Gekreisch: „Plus haut! plus haut!“ Und nun ging das Gedränge los, man lief Gefahr, erdrückt zu werden; eine Frau wurde ohnmächtig weggeschleppt. Natürlicher Weise konnten nur die Nächststehenden lesen; „lisez haut!“ hieß es plötzlich, und ein Goliath mit einer Stentorstimme sang an die Rede abzulesen; aber kaum hatte er angefangen, so wurde er von der Masse, welche nachdrängte, an die Wand geschleudert. Das vertrieb ihm die Lust zum Vorlezen.

(N. Pr. 3.)

Paris, 3. März. Ghe diese Zeilen in Ihre Hände gelangen, hat der Telegraph die Thronrede des Kaisers von Frankreich längst zu Ihrer Kenntnis gebracht. Dieselbe hat hier außerhalb der Börse einen guten Eindruck gemacht und wird es auch allenthalben in Frankreich. Ohne die heute Morgen hier angekommenen Versprechungen von „Morning Post“ und „Independance belge“ würde die Rede Louis Napoleons auch von der Börse mit Zufriedenheit aufgenommen worden sein. So erwartete man in derselben die Kunde von der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien, und fühlte sich natürlich enttäuscht, als diese ausblieb. Und doch ahmet die Rede Friedenshoffnungen, was auch Alles ist, was man vernünftigerweise verlangen könnte. Ihre Leser werden nach meinen bisherigen Mitteilungen, deren Genauigkeit Sie zum Theile bereits jetzt zu konstatiren im Stande waren, kaum mehr erwartet haben. Der Kaiser spricht wohl davon, daß Frankreich bereit sein müsse, neuerdings das Schwert zu ziehen, aber das war er England zu thun schuldig, wie der eigenen Würde des Landes. Die hervorstechende Thatfrage der Rede ist die hervorgehobene Befestigung der Allianz zwischen Frankreich und England. Diese kann aber nur zur Vermehrung







